

Protokoll

der Sitzung vom

22. Februar 2002

im Rathaus zu Freiburg

Vorsitz: Katharina Hürlimann, Präsidentin

Anwesend sind 116 Verfassungsrätinnen und Verfassungsräte¹.

Entschuldigt sind Anita Bise, Regula Brülhart, Carmen Buchiller, Laetitia Deiss, Marie Garnier, Yvonne Gendre, Isabelle Overney, Erika Schnyder, Benoît Chardonnens, Josef Fasel, Kurt Sager und Claude Schorderet.

1. Eröffnung der Sitzung und Mitteilungen

Die Präsidentin eröffnet die Sitzung um 8.33 Uhr. Sie begrüsst die Verfassungsrätinnen und Verfassungsräte und erläutert die Tagesordnung.

2. Fortsetzung der Prüfung der Thesen der Kommission 3 (Aufgaben des Staates)

Santé publique

Thesen 3.36.1, 3.36.2, 3.36^{bis}, 3.37, 2.23.1 und 2.23.2

Jean-Claude Maillard stellt die Thesen der Kommission 3 vor.

Adolphe Gremaud stellt die beiden Thesen der Kommission 2 vor.

Philippe Wandeler stellt den Minderheitsantrag 3.36^{bis} vor. Er wünscht, dass sein Antrag absatzweise statt in globo behandelt wird.

¹ Anwesende + Entschuldigte = 128. Marthe Grandjean und Charles Guerry wurden noch nicht ersetzt.

Denis Boivin stellt den Antrag der FDP-Fraktion vor: «Der Staat und die Gemeinden achten auf die Förderung und den Schutz der Gesundheit.» (« L'Etat et les communes veillent à la promotion et à la sauvegarde de la santé. »). Diese These ersetzt alle anderen Anträge.

Die Vorsitzende gibt bekannt, dass der von Dominique Viridis Yerly unterzeichnete Antrag der FDP-Fraktion zurückgezogen wird.

Isabelle Joye stellt den Antrag der CVP-Fraktion zu 3.36.2 vor: «Der Staat verpflichtet sich, die Gesundheit zu schützen und zu fördern.» (« L'Etat s'engage à protéger et à promouvoir la santé. »).

Philippe Pasquier stellt den Antrag der SP-Fraktion zu 3.36.1 vor: «Der Kanton organisiert, ~~und~~ koordiniert, finanziert und kontrolliert das ganze Spitalwesen und die medizinisch-sozialen Dienste, inkl. den Sanitätsdienst. ~~Kanton und Gemeinden organisieren die medizinisch-sozialen Dienste.~~» (« Le canton organise, et coordonne, finance et contrôle l'ensemble du système hospitalier et médico-social, y compris le service des ambulances. ~~Le canton et les communes organisent les services médico-sociaux.~~ »).

Françoise Ducrest stellt den Antrag der Bürger-Fraktion vor: «Der Staat bezweckt die Förderung, die Erhaltung und die Wiederherstellung der Gesundheit der Individuen und der Bevölkerung unter Wahrung der Würde, der Freiheit, der Integrität und der Gleichheit der Personen. Der Staat fördert das Verantwortungsbewusstsein des Individuums, der Familie und der Allgemeinheit in gesundheitlichen Belangen (Art. 2 Absatz 2 Gesundheitsgesetz). Zu diesem Zweck: a) achtet er auf die Koordination und die optimale Nutzung aller zur Verfügung stehender öffentlicher und privater Mittel; b) arbeitet er mit den Gemeinden, den öffentlichen Spitälern und den Ambulanzdiensten zusammen, errichtet eine Liste der anerkannten Institutionen und beschliesst eine Krankenhausplanung; c) übt er die Oberaufsicht über das Pflegewesen und andere Tätigkeiten im Gesundheitsbereich sowie über die entsprechenden Institutionen und Medikamente aus; d) fördert er die Beanspruchung kostengünstiger Methoden (Hauspflege) oder Naturheilmethoden; e) gewährleistet er die Ausbildung von Hilfs- und Pflegepersonal.» (« L'Etat a pour but de contribuer à la promotion, au maintien et au rétablissement de la santé des individus et de la population dans le respect de la dignité, de la liberté, de l'intégrité et de l'égalité des personnes. Il encourage les responsabilités individuelle, familiale et collective dans le domaine de la santé (Loi sur la santé art. 2, alinéa 3). A cet effet, il: a) veille à la coordination et à l'utilisation optimale de tous les moyens disponibles publics et privés ; b) gère avec les communes les hôpitaux publics et les services d'ambulance, établit une liste des institutions reconnues et arrête une planification hospitalière ; c) exerce la haute surveillance sur les soins et autres activités exercées dans le domaine de la santé, les institutions y relatives et les médicaments ; d) favorise le recours à des méthodes moins onéreuses (soins à domicile) ou faisant appel au pouvoir de guérison naturel ; e) assure la formation du personnel soignant et auxiliaire. ». Abgesehen vom letzten Teil von Buchstabe d (Zusatz: «oder Naturheilmethoden») entspricht dieser Antrag dem von Annelise Meyer-Glauser, dem man sich anschliessen könnte. Die Bürger-Fraktion befürwortet jedoch die Thesen der Kommission 2, denen ihr Antrag keinen Abbruch tut.

Annelise Meyer-Glauser stellt ihren Antrag vor, der sämtliche dazu vorgelegten Thesen ersetzt: «[3.36.1] Der Staat trägt der Förderung, der Erhaltung und der Wiederherstellung der Gesundheit der Individuen und der Bevölkerung unter Wahrung der Würde, der Freiheit, der Integrität und der Gleichheit der Personen bei. Zu diesem Zweck: a) achtet er auf die Koordination und die optimale Nutzung aller zur Verfügung stehender öffentlicher und privater Mittel; b) arbeitet er mit den Gemeinden, den öffentlichen Spitälern und den Notfalldiensten zusammen, errichtet eine Liste der anerkannten Institutionen und beschliesst

eine Krankenhausplanung; c) übt er die Oberaufsicht über das Pflegepersonal und andere Tätigkeiten im Gesundheitsbereich sowie über die entsprechenden Institutionen und Medikamente aus; d) fördert er die Beanspruchung kostengünstiger Methoden; e) gewährleistet er die Ausbildung von Hilfs- und Pflegepersonal. [3.36.2] Der Staat fördert das Verantwortungsbewusstsein des Individuums, der Familie und der Allgemeinheit in gesundheitlichen Belangen.» («[3.36.1] L'Etat contribue à la promotion, au maintien et au rétablissement de la santé des individus et de la population dans le respect de la dignité, de la liberté, de l'intégrité et de l'égalité des personnes. A cet effet, il: a) veille à la coordination et à l'utilisation optimale de tous les moyens disponibles publics et privés ; b) gère avec les communes les hôpitaux publics et les services d'intervention urgente, établit une liste des institutions reconnues et arrête une planification hospitalière ; c) exerce la haute surveillance sur les soins et autres activités exercées dans le domaine de la santé, les institutions y relatives et les médicaments ; d) favorise le recours à des méthodes moins onéreuses ; e) assure la formation du personnel soignant et auxiliaire. [3.36.2] L'Etat encourage les responsabilités individuelle, familiale et collective dans le domaine de la santé. »). Die Votantin könnte ihren Antrag zurückziehen, wenn jener der FDP-Fraktion gutgeheissen wird.

Joseph Eigenmann stellt seinen Antrag vor: Streichung von «inkl. den Sanitätsdienst» (« y compris les ambulances ») in These 3.36.1. Er betont, dass die deutsche Übersetzung zu allgemein gefasst ist.

Nicole Lehner ist für die Erwähnung des Sanitätsdienstes. Sie tritt für die These 2.23 ein.

Joseph Eigenmann führt aus, dass der Antrag der SP-Fraktion teilweise falsch ist.

Joseph Rey stellt seinen Antrag zu 3.36.2 vor, der soeben verteilt wurde: «In Zusammenarbeit mit den unmittelbar betroffenen Verbänden begünstigt der Kanton die Prävention und die Gesundheitsdienste.» (« Le canton, en collaboration avec les mouvements associatifs directement concernés, favorise le développement de l'action préventive et des services de santé. »). Sein Antrag könnte aber auch als Kommentar aufgenommen werden, wenn er für zu detailliert befunden wird.

Sylviane Périsset erläutert ihren Vorschlag zu einer neuen These: «Der Staat fördert die Errichtung von Nichtraucherzonen an öffentlichen Orten, insbesondere in Restaurants.» (« L'Etat soutient la création d'espaces non-fumeurs dans les lieux publics, en particulier les restaurants. »).

Anton Brühlhart bedauert diesen Vorschlag; seiner Ansicht nach würde die Verfassung dadurch lächerlich gemacht.

Reynold Pauchard wiederholt, wie wichtig der Sanitätsdienst ist. Er spricht sich für eine Kantonalisierung dieses Dienstes aus.

Placide Meyer bedauert, dass diese Änderungsanträge, welche Grundsatzfragen aufwerfen, zu spät eingereicht werden, damit man sich in aller Ruhe eine Meinung bilden kann. Er bittet die Verfassungsrätinnen und -räte, ihre Anträge früher einzureichen.

Peter Bachmann wünscht eine kürzere Diskussion.

Rose-Marie Ducrot ist gegen die Kantonalisierung des Gesundheitswesens, wie sie von der SP-Fraktion vorgeschlagen wird.

Jean-Claude Maillard tritt noch einmal für die Thesen der Kommission 3 ein.

Adolphe Gremaud spricht sich noch einmal für die Thesen der Kommission 2 aus. Persönlich ist er der Ansicht, dass der Änderungsantrag von Sylviane Périsset Gesetzesrang hat.

Die Vorsitzende gibt bekannt, dass sie zuerst über den FDP-Antrag abstimmen lässt. Wird er angenommen, ist das Abstimmungsverfahren abgeschlossen. Wird er abgelehnt, kommt der Antrag von Annelise Meyer-Glauser zur Abstimmung. Wird er angenommen, ist das Abstimmungsverfahren ebenfalls abgeschlossen. Wenn nicht, geht man zu den anderen Anträgen über.

Die Vorsitzende führt die erste Abstimmung durch (Antrag der FDP-Fraktion: «grün»; Ablehnung: «rot»; Ergebnis: 47 «grün», 67 «rot», 1 «gelb»).

Die Vorsitzende kommt zur zweiten Abstimmung (Antrag von Annelise Meyer-Glauser: «grün»; Ablehnung: «rot»; Ergebnis: 28 «grün», 79 «rot», 6 «gelb»).

Die Vorsitzende gibt das weitere Abstimmungsverfahren bekannt: 3.36.1 (Antrag der SP-Fraktion gegen jenen von Joseph Eigenmann; der daraus hervorgegangene Antrag gegen die These 3.36.1 der Kommission), dann 3.36.2.

Die Vorsitzende schreitet zur nächsten Abstimmung (Antrag der SP-Fraktion: «grün»; Antrag von Joseph Eigenmann: «rot»; Ergebnis: 33 «grün», 78 «rot», 4 «gelb»).

Die Vorsitzende schreitet zur nächsten Abstimmung (Antrag von Joseph Eigenmann: «grün»; These 3.36.1 der Kommission: «rot»; Ergebnis: 59 «grün», 55 «rot», 1 «gelb»).

Mélanie Maillard zieht den Antrag der Bürger-Fraktion zurück.

Die Vorsitzende schreitet zur nächsten Abstimmung (Antrag der CVP-Fraktion zu 3.36.2: «grün»; These der Kommission: «rot»; Ergebnis: 63 «grün», 46 «rot», 2 «gelb»).

Die Vorsitzende schreitet zur nächsten Abstimmung (Zusatz von Joseph Rey: «grün»; Ablehnung: «rot»; Ergebnis: 30 «grün», 80 «rot», 5 «gelb»).

Adolphe Gremaud weist darauf hin, dass die Thesen 2.23.1 und 2.23.2 infolge der Annahme des CVP-Antrags gestrichen worden sind – dies steht auf dem von Isabelle Joye unterzeichneten Änderungsantrag. Also kann über den Antrag von Sylviane Périsset nicht mehr abgestimmt werden. **Die Vorsitzende** bestätigt dies. Sie gibt bekannt, dass sie in einem Mal über die Minderheitsthese 3.36^{bis} abstimmen lässt.

Philippe Wandeler (Ordnungsantrag) beantragt eine separate Abstimmung über jeden einzelnen Punkt der Minderheitsthese. **Alexandre Grandjean**, der sich auf die Nummerierung der Minderheitsthese bezieht, **Patrik Gruber** und **Laurent Schneuwly** im Namen der CVP-Fraktion unterstützen dieses Anliegen.

Denis Boivin spricht sich im Namen der FDP-Fraktion gegen den Ordnungsantrag aus.

Die Vorsitzende lässt abstimmen (Ordnungsantrag: «grün»; Ablehnung: «rot»; Ergebnis: 60 «grün», 49 «rot», 4 «gelb»).

Die Vorsitzende schreitet zur nächsten Abstimmung (These 3.36^{bis}.3: «grün»; Ablehnung: «rot»; Ergebnis: 45 «grün», 65 «rot», 4 «gelb»).

Die Vorsitzende schreitet zur nächsten Abstimmung (These 3.36^{bis}.4: «grün»; Ablehnung: «rot»; Ergebnis: 47 «grün», 63 «rot», 5 «gelb»).

Die Vorsitzende schreitet zur nächsten Abstimmung (These 3.36^{bis}.5: «grün»; Ablehnung: «rot»; Ergebnis: 38 «grün», 74 «rot», 2 «gelb»).

Die Vorsitzende schreitet zur nächsten Abstimmung (These 3.36^{bis}.6: «grün»; Ablehnung: «rot»; Ergebnis: 42 «grün», 68 «rot», 3 «gelb»).

Die Vorsitzende schreitet zur nächsten Abstimmung (These 3.36^{bis}.7: «grün»; Ablehnung: «rot»; Ergebnis: 41 «grün», 68 «rot», 3 «gelb»).

Die Vorsitzende schreitet zur nächsten Abstimmung (These 3.36^{bis}.8: «grün»; Ablehnung: «rot»; Ergebnis: 38 «grün», 73 «rot», 3 «gelb»).

Die Vorsitzende schreitet zur nächsten Abstimmung (These 3.36^{bis}.9: «grün»; Ablehnung: «rot»; Ergebnis: 37 «grün», 67 «rot», 9 «gelb»).

Die Vorsitzende lässt der Klarheit halber trotzdem über den Antrag von Sylviane Périsset abstimmen («grün»; Ablehnung: «rot»; Ergebnis: 21 «grün», 83 «rot», 10 «gelb»).

Die Thesen 3.36.1 und 3.36.2 werden mit folgendem Wortlaut angenommen: «[3.36.1] Der Kanton organisiert und koordiniert das ganze Spitalwesen. Kanton und Gemeinden organisieren die medizinisch-sozialen Dienste. [3.36.2] Der Staat verpflichtet sich, die Gesundheit zu schützen und zu fördern.» (« [3.36.1] Le canton organise et coordonne l'ensemble du système hospitalier. Le canton et les communes organisent les services médico-sociaux. [3.36.2] L'Etat s'engage à protéger et à promouvoir la santé. »). Die These 3.37 wird stillschweigend gutgeheissen. Die Thesen 2.23.1 und 2.23.2 werden gestrichen.

Die Sitzung wird um 9.55 Uhr vertagt und um 10.32 Uhr wieder aufgenommen.

Alain Berset stellt den Ordnungsantrag der Fraktionsführer der SP, CVP und FDP vor: «Die Plenarsitzungen des Verfassungsrates finden Mittwoch nachmittags, Donnerstag nachmittags und Freitag während des ganzen Tages statt. Die Sitzungen von Mittwoch und Donnerstag sind open-end und enden, Ausnahmen vorbehalten, wenn das obligatorische Tagesprogramm durchlaufen ist.» (« La Constituante siège en séance plénière le mercredi après-midi, le jeudi après-midi et le vendredi toute la journée. Les séances du mercredi et du jeudi sont open-end et se terminent, sauf exception, lorsque l'ordre du jour obligatoire est épuisé. »). Seiner Ansicht nach ist es unmöglich, die Tagesordnung einzuhalten; die Themen sind zu wichtig, um sie im geplanten Tempo zu behandeln und das *Open-End-System* ist ein völliges Fiasko. Es geht nur darum, am Abend länger zu tagen, was keine grundlegende Änderung darstellt.

Laurent Schneuwly: Aus finanziellen Gründen können keine weiteren Halbtage hinzugefügt werden. Daher muss das *Open End* ermöglicht werden.

Denis Boivin möchte auch ein echtes *Open End* (22 oder 23 Uhr). Er möchte den Inhalt des Vernehmlassungsdossiers für die Märzsession schriftlich.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass an der Januarsitzung mit dem *Open-End-System* gearbeitet worden ist. Sie erinnert daran, dass nie geplant war, länger als 20 Uhr zu tagen. Sie übernimmt die Verantwortung für die Nichteinhaltung des obligatorischen Programms. Sie hat gestern beschlossen, die Sitzung um 18.15 Uhr zu schliessen, weil die Sitzung am Donnerstag um 8.30 Uhr begann.

Christian Levrat, der Koordinator der Arbeitsgruppe des Büros für die Vorbereitung der Vernehmlassung, schlägt vor, die vom Büro verabschiedeten Richtlinien zu verteilen, damit bei Einwänden darüber diskutiert werden kann. In seinem eigenen Namen bittet er um Unterstützung für den Ordnungsantrag.

Katharina Thalmann lehnt den Ordnungsantrag im Namen der SVP-Fraktion ab.

Félicien Morel befürwortet im Namen der Fraktion Öffnung den Antrag der Fraktionsführer, doch ist er gegen eine Planung unter Zeitdruck. Er fragt sich, ob die Vernehmlassung unbedingt ab dem 1. Juli stattfinden muss.

Rose-Marie Ducrot hebt den finanziellen Aspekt der Diskussion hervor.

Peter Jaeggi ist im Namen der CSP-Fraktion bereit «mitzumachen». Er bittet das Büro jedoch, die Frage bis zur nächsten Sitzung noch einmal zu überprüfen.

Mélanie Maillard befürwortet den Antrag im Namen der Bürger-Fraktion. Die Fraktion ist allerdings geteilter Meinung.

Claude Schenker beantragt (Ordnungsantrag), am Mittwoch Nachmittag, am Donnerstag und Freitag, jedoch ohne *Open End* zu tagen. Seiner Ansicht nach gibt es Lösungen für den finanziellen Aspekt.

Bernadette Hänni lehnt den Ordnungsantrag der Fraktionsführer ab.

Alain Berset: Eine Ablehnung des Ordnungsantrags ist gefährlich - Nein zum *Open End*.

Ambros Lüthi reicht einen weiteren Ordnungsantrag ein: Beibehaltung des jetzigen Systems unter stärkerer Beachtung des *Open End*.

Frédéric Sudan und **Nicolas Grand** sprechen sich für den Ordnungsantrag von Ambros Lüthi aus.

Peter Bachmann findet, man sollte die jetzige Lösung ausprobieren – implizit befürwortet er den Antrag von Ambros Lüthi.

Claude Schenker wiederholt seinen Antrag.

Die Vorsitzende lässt abstimmen (Antrag der Fraktionsführer: «grün»; Antrag von Claude Schenker: «rot»; Ergebnis: 62 «grün», 29 «rot», 22 «gelb»).

Die Vorsitzende kommt zur nächsten Abstimmung (Antrag der Fraktionsführer: «grün»; Ablehnung: «rot»; Ergebnis: 36 «grün», 64 «rot», 11 «gelb»).

Die Vorsitzende kommt zur Schlussabstimmung (Antrag von Ambros Lüthi [jetzige Situation mit einem echten *Open End* und einer einstündigen Pause um 18.00 Uhr]: «grün»; Ablehnung: «rot»; Ergebnis: 80 «grün», 20 «rot», 11 «gelb»).

Der Ordnungsantrag von Ambros Lüthi wird gutgeheissen.

Relations Etat-communes

These 3.38

Jean-Claude Maillard stellt die These vor.

Auguste Dupasquier beantragt im Namen der FDP-Fraktion: «Die Aufteilung der öffentlichen Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden hat den Interessen des Einzelnen und der betroffenen Gemeinschaften besonders Rechnung zu tragen.» (« La répartition des tâches publiques entre le canton et les communes privilégie l'intérêt des individus et des communautés concernées. »).

Die Vorsitzende lässt darüber abstimmen (Antrag der FDP-Fraktion: «grün»; These 3.38 der Kommission: «rot»; Ergebnis: 35 «grün», 71 «rot», 0 «gelb»).

Die These 3.38 wird gutgeheissen.

Thesen 3.39 und 3.40

Jean-Claude Maillard stellt die Thesen vor.

Laurent Schneuwly beantragt im Namen der CVP-Fraktion (Ordnungsantrag), über diese Thesen gemeinsam mit denen der Kommission 7 zu beraten. **Philippe Remy** im Namen der FDP-Fraktion und **Christian Seydoux** im Namen der SP-Fraktion vertreten dasselbe Anliegen.

Jean-Claude Maillard schliesst sich dem an.

Über die beiden Thesen wird gemeinsam mit denen der Kommission 7 beraten.

3. Prüfung des letzten Drittels der Thesen der Kommission 2

These 2.30

Adolphe Gremaud stellt die These vor, die keinen Passus über die Finanzierung enthält.

Antoinette de Weck beantragt im Namen der FDP-Fraktion und **Martine Banderet** im Namen der CVP-Fraktion die Streichung dieser These.

Anna Petrig unterstützt die These im Namen der SP-Fraktion, **Olivier Suter** im Namen der Bürger-Fraktion.

Antoinette de Weck spricht sich noch einmal gegen die These aus.

Mambros Lüthi, **Adolphe Gremaud** und **Joseph Rey** sind für die These.

Die Vorsitzende lässt abstimmen (These 2.30: «grün»; Streichung: «rot»; Ergebnis: 50 «grün», 57 «rot», 3 «gelb»).

Die These wird gestrichen.

Salaire minimum

Thesen 2.15.1 und 2.15.2

Adolphe Gremaud stellt die Thesen vor. Besonders wichtig ist, dass jeder einen angemessenen Lohn haben sollte. Dazu braucht man ein Recht und nicht eine Staatsaufgabe.

Martine Banderet stellt den Antrag der CVP-Fraktion vor: «Der Staat fördert Massnahmen, welche allen einer unselbständigen Erwerbstätigkeit nachgehenden Personen erlaubt, ihre wesentlichen Bedürfnisse zu stillen.» («L'Etat encourage les mesures permettant à toute personne exerçant une activité lucrative dépendante d'obtenir un salaire lui permettant de couvrir ses besoins essentiels. »).

Mélanie Maillard befürwortet im Namen der Bürger-Fraktion die Thesen der Kommission.

Antoinette de Weck schliesst sich im Namen der FDP-Fraktion der CVP-Fraktion an.

Peter Jaeggi befürwortet die These 2.15 der Kommission im Namen der CSP-Fraktion.

Auch **Alain Berset** ist im Namen der SP-Fraktion dafür.

Ueli Johner befürwortet den Antrag der CVP-Fraktion im Namen der SVP-Fraktion.

Raphaël Chollet befürwortet die Thesen der Kommission im Namen der Fraktion Öffnung.

Joseph Binz fragt sich, ob der Unternehmer Peter Jaeggi die These der Kommission umsetzen kann.

Peter Jaeggi beantwortet diese Frage und geht auf frühere Voten ein.

Meinrad Defferrard ist dagegen, dass der Staat die Löhne festsetzt.

Christian Levrat befürwortet die These der Kommission.

Ueli Johner geht kurz auf diese Wortmeldung ein.

Eva Ecoffey befürwortet die These der Kommission.

Martine Banderet befürwortet erneut den Antrag der CVP-Fraktion.

Jean-Claude Maillard hat Vorbehalte gegenüber der These der Kommission und beantragt Ablehnung.

Laurent Schneuwly befürwortet in seinem eigenen Namen den Antrag der CVP-Fraktion zu 2.15.1 sowie die These 2.15.2 der Kommission.

Françoise Ducrest befürwortet die Anträge der Kommission. **Olivier Suter** und **Sylviane Périsset** ebenfalls.

Adolphe Gremaud tritt noch einmal für die Thesen der Kommission ein.

Die Vorsitzende lässt abstimmen (Antrag der CVP-Fraktion zu 2.15.1: «grün»; These der Kommission: «rot»; Ergebnis: 71 «grün», 39 «rot», 2 «gelb»).

Die Vorsitzende kommt zur zweiten Abstimmung (These 2.15.2: «grün»; Streichung: «rot»; Ergebnis: 60 «grün», 44 «rot», 8 «gelb»).

Der Antrag der CVP-Fraktion ersetzt die These 2.15.1. Die These 2.15.2 der Kommission wird beibehalten.

4. Schluss der Sitzung

Die Vorsitzende erbittet sich in Zukunft Wortmeldungen, die sich auf das Wesentliche konzentrieren. Sie schliesst die Sitzung um 12.15 Uhr.

Freiburg, den 22. Februar 2002

Die Vorsitzende:

Der Tagessekretär:

Katharina Hürlimann

Pierre Scyboz